menschlich sind und die Augen aufmachen, sondern das auch noch zusammen mit anderen KollegInnen machen – Dann wird die Solidarität zur kollektiven Solidarität, die klar ausspricht: Wer eine/n angreift, greift uns alle an.

Solidarität ist international

Doch wir können sogar noch einen Schritt weiter gehen. Wieso sollte unsere Solidarität an Grenzen halt machen? Wieso sollte sie nicht zu einer **internationalen Solidarität** werden?

Denn leider verüben deutsche Konzerne, Politiker und Militärs in vielen Teilen der Welt Verbrechen. Wieso nicht protestieren, wenn im Mittelmeer Tausende Menschen sterben? Wieso nicht streiken, wo Bomben produziert werden, die dann auf kurdische oder afghanische Städte fallen? Wieso sich nicht solidarisch zeigen und klarmachen:

Nicht in unserem Namen!

Solidarität muss praktisch werden

Die Solidarität ist das was uns zu einem wirklich sozialen Wesen macht. Zu einem Mensch, der nicht gegen die anderen, sondern mit den anderen lebt.

Doch die Solidarität ist nicht nur eine moralische Pflicht, sondern eine Notwendigkeit für jeden von uns.

Kennt nicht jede/r das Gefühl der Ohnmacht? Bei dem man sich einem scheinbar unbesiegbaren Gegner ausgesetzt sieht? Das kann der Vermieter, der Chef oder sogar die Staatsgewalt sein, welche die Interessen der Eigentümer durchsetzt. Sie haben Macht, die Macht des Geldes. Was haben wir ArbeiterInnen, die keine Fabriken und Häuser besitzen?

Wir haben uns, wir haben die immense Zahl von anderen KollegInnen auf unserer Seite, die oftmals ganz ähnliche Probleme haben. Was diese Millionen Menschen zusammenbringen kann, ist die Solidarität. Die zwischenmenschliche, die kollektive und die internationale Solidarität. Wenn wir sie nicht nur auf diesem Papier lassen, sondern in die Realität umsetzen, dann können wir vieles erreichen, was für uns heute noch unvorstellbar scheint.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» NEWSLETTER

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1: pexels.com;
Foto 2: „Fronttransparent "Wir zahlen nicht für“ https://www.flickr.com/photos/dielinke-sachsen/3409272538/ (CC BY-NC 2.0 https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/) by DIE LINKE. Sachsen

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 27 | Juni 2019 www.perspektive-online.net

Sind die fetten Jahre nun vorbei?

– Von Kevin Hoffmann –

Seit Monaten können wir in den großen Zeitungen immer wieder von angekündigten Massenentlassungen lesen. Die schier endlose Liste an großen Unternehmen in Deutschland, die tausende Beschäftigte entlassen wollen wächst dabei immer weiter. Unternehmen wie Thyssenkrupp, Daimler, VW, BMW, Bayer, Bosch, Deutsche Bank, Allianz, Siemens und Ford sind nur einige von ihnen.

Entlassungen und Profite

Alle diese Unternehmen haben gemein, dass sie ihre Profite aus der Ausbeutung unserer Arbeitskraft und dem profitablen Verkauf der dadurch geschaffenen Werte erzielen. Um ihre Gewinne zu steigern, bzw. trotz zurückgehenden Verkaufszahlen weiter Profite zu machen, sollen nun zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen werden.

Die großspurigen Ankündigungen, dass all diese zehntausenden Arbeitsplatzvernichtungen doch groß möglich „sozialverträglich“ und ohne „betriebsbedingte Kündigungen“ von statten gehen sollen, ist nur ein schwacher Trost für all diejenigen, die aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust mit mickrigen Abfindungen abgespeist werden.

Den Gürtel enger schnallen?

Doch all das kommt nicht von ungefähr. Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern der Welt steuert die Wirtschaft auf eine erneute Krise zu. Die Auftrags- und Verkaufszahlen stagnieren oder sind rückläufig. Auch die deutsche Bundesregierung schreibt ihre wirtschaftlichen Prognosen immer weiter herunter. Sie geht zwar offiziell immer noch von einem minimalen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2019 aus, die aktuellen Prognosen liegen jedoch mit 0,5 Prozent deutlich niedriger als noch Ende letzten Jahres. Damals ging man noch von einem soliden Wachstum von 1,8 Prozent aus.

Auch der Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) kündigte vor wenigen Wochen an, dass Bund, Länder und Kommunen aufgrund der schlechten Wirtschaftlichen Lage bis ins Jahr 2023 insgesamt rund 124,3 Milliarden Euro weniger einnehmen werden als bisher geplant und größtenteils auch schon verplant wurden.

Sollte sich die negative Entwicklung auf dem Weltmarkt und die sich zuspitzenden Handelskriege auf Weltebene wie in den vergangenen Monaten weiter entwickeln, dürften all diese Prognosen hinfällig sein.

Wer wird diese Krise bezahlen?

Die Ankündigungen der großen Konzerne sind unmissverständlich, ebenso die Ankündigung des Finanzministers, dass man nun „den Gürtel enger schnallen“ müsse.

Die Kapitalisten wollen kommenden Verluste der Wirtschaftskrise auf uns abwälzen.

Wir sollen mit dem Verlust unserer Arbeitsplätze, Lohnkürzungen und höheren Steuern, bzw. der Einsparung bei staatlichen Leistungen die Kosten der Krise bezahlen.

Für uns gilt es den Versuchen der Kapitalisten, die Krisenfolgen auf unsere Schultern abzuwälzen, entschlossen entgegenzutreten. Doch solange wir dies alleine bzw. vereinzelt tun, werden wir dem wenig entgegensetzen können. Wenn wir uns aber mit anderen Betroffenen in unserem Betrieb, in unserer Nachbarschaft, ja im ganzen Land zusammen tun und uns organisieren, dann können wir diese Versuche auch erfolgreich abwehren. Dann werden nicht wir zur Kasse gebeten, sondern diejenigen, die von unserer Arbeit und Ausbeutung leben.

Solidarität muss praktisch werden

– Von Tim Losowski –

Solidarität – ein Wort was jede/r gern für sich beansprucht. Viele wünschen sich Unterstützung und Hilfe, wenn sie alleine nicht weiterkommen. Doch was heißt überhaupt Solidarität? Und wie könnte es eigentlich aussehen, selbst solidarisch zu handeln?

Solidarität heißt menschlich sein

Die Solidarität fängt im Kleinen an: Wenn ich mein Butterbrot mit meinem Arbeitskollegen teile, der seines vergessen hat. Wenn ich einen älteren Mann am Straßenrand keuchen sehe und ihm meinen Arm anbiete. Wenn ich eine Frau weinend draußen sitzen sehe und Frage ob sie Unterstützung braucht. Wenn ich die Pakete für meinen Nachbarn annehme.

Das ist die **alltägliche zwischenmenschliche Solidarität**, die jede/r von uns leisten kann, für die man nur ein wenig die Augen aufmachen muss. Die Solidarität die wir aus Liebe zu unseren Mitmenschen leisten, ohne eine Gegenleistung zu erwarten.

Solidarität heißt zusammen stehen

Doch die Solidarität kann noch einen Schritt weiter gehen. Wenn sie von der individuellen Solidarität zur **gemeinsamen Solidarität** wird:

Wenn eine Kollegin ständig schikaniert wird, organisieren wir zusammen unsere ganze Abteilung um zum Chef zu gehen und ihm unsere Meinung zu sagen.

Wenn ein Nachbar zwangsgeräumt werden soll – dann stehen wir NachbarInnen am Tag der Räumung um 5 Uhr auf der Matte. So wie in Bremen. Dort mussten am 11. Februar Gerichtsvollzieher und Polizei wieder abziehen.

Wenn der nette neue afghanische Nachbar auf einmal von der Polizei abgeholt wird, um ihn in ein Flugzeug in den Krieg abzuschieben, protestieren wir. So wie in Nürnberg. Dort demonstrierten am 19. März 600 Personen nach einer versuchten Abschiebung.

Wenn wir nicht nur alleine